

Seit elf Jahren „leistet“ ihn sich die Stadt:

Ohne Holland sähe Linden heute anders aus

Der einzige bundesdeutsche Anwaltsplaner arbeitet in Hannover / Von Christine Mursch

Er sei der erste und letzte Anwaltsplaner der Bundesrepublik, sagt Klaus-Jürgen Holland. Solang wie keine andere Kommune, seit mehr als elf Jahren, „leistet“ ihn sich die Stadt Hannover. Die insgesamt drei anderen Projekte in Darmstadt und Wiesbaden, für die etwa gleichzeitig oder später Anwaltsplaner bestellt wurden, hat er tief in die Sanierungsvorhaben Lindens

vergraben, mit Bravour überlebt – und dabei erfolgreich jedes öffentliche Aufsehen vermieden. Was Anwaltsplanung im besten Fall bewirken kann, kommt ihm geradewegs einprägsam über die Lippen: „Da sagt die Stadt, diese Straße soll wegl. Zum Schluß gibt sie ein Heft über die gelungene Sanierung raus – und glaubt auch noch, das Ganze sei eigentlich Ihre Idee gewesen.“

Geschehen ist das so in Linden-Nord. Da waren, noch 1976 unter dem Eindruck des nachkriegsdeutschen Willens zur großzügigen Flächensanierung (große Flächen müssen zügig weg), die hannoverschen Verwaltungsplaner der Auffassung, daß auch die Häuser rechts und links der Viktoriastraße fallen müßten. Nur, ein Großteil der Bürger dachte anders. Aber die hatten den Anwaltsplaner Holland, einen Architekten und Stadtplaner, der seit 1972 von der Stadt für die Bürger angestellt ist und seit 1976 in seinem Vertrag ausdrücklich stehen hat, daß er parteilich im Sinne der Lindener gegen die Vorschläge der Verwaltung zu planen hat: professionelle Gegenplanung.

So rauten sich die städtischen und bürgerlichen Sanierer konstruktiv zusammen; so konnten die aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts stammenden „Arbeiter villen“ in der Viktoriastraße gerettet und mit ihnen ein Stück Lindener Geschichte bewahrt werden. Mehr noch, die Viktoriastraße ist zum Modellfall geworden: Mieter der unteren Einkommenschichten, denen Grundstücke und Häuser im Erbbaurecht überlassen wurden, sind praktisch Besitzer von Einfamilienhäusern geworden und konnten überdies soweit wie möglich an der Umgestaltung mitwirken.

Ursprung in den USA

Die „Umverteilung von Planungskapazitäten“ beschreibt Holland ohne jeden ideologischen Hintersinn seine Tätigkeit, deren Ursprung in den USA liegt und die, über den Fall Viktoriastraße weit hinausreichend, ausgerechnet im hannoverschen Linden vorzeigbare Ernte trägt. Aus der Kritik an der bestehenden Planungspraxis heraus entwickelte Mitte der 60er Jahre der amerikanische Planungswissenschaftler Davidoff das Modell der Anwaltsplanung (advocacy planning).



Anwaltsplaner Klaus-Jürgen Holland

Infolge groß angelegter Slumsanierungen hatten sich, so die Beobachtung Davidoffs, die Lebensbedingungen der Betroffenen nicht verbessert, sondern verschlechtert. Damit vor allem Farbige überhaupt eine Chance bekämen, ihre Vorstellungen den Experten gegenüber zu artikulieren, stellte ihnen Davidoff professionelle, aber parteiliche Planer zur Seite. Mit wechselndem Erfolg ist dieses Modell in den USA erprobt worden.

Daß auch in der Bundesrepublik diese Form der sozusagen institutionalisierten Gegenplanung aufgegriffen wurde, hat seine Wurzeln unter anderem im Städtebauförderungsgesetz und im neugefaßten Bundesbaugesetz, in denen eine gewisse Mitbeteiligung „planungsbetroffener“ Bürger festgeschrieben ist. Nur die Städte Darmstadt,

Hannover und Wiesbaden freilich griffen die im Städtebaubericht 1970 der Bundesregierung als „denkbare Form der bürgerschaftlichen Mitwirkung“ ausgewiesene Anwaltsplanung auf. Im Darmstädter Neukranichstein, eines als Stadtsatelliten geplanten Erweiterungsgebietes, arbeiteten von 1972 bis 1975 zwei Anwaltsplaner, sowie später dort auch für das Sanierungsgebiet Martinsviertel welche eingestellt wurden. In Wiesbaden-Mühlthal wurde von 1973 bis 1975 die sogenannte Zwischensanierung einer Obdachlosensiedlung von Anwaltsplanern betreut.

Mit sieben Preisen ausgezeichnet

Alle diese Anwaltsplaner haben ihre Tätigkeit beendet. Aber angesichts der positiven Erfahrungen in Linden – das nicht nur mittlerweile mit sieben Preisen für Einzelobjekte und Baublocks ausgezeichnet wurde, sondern wegen seiner vorbildlichen Sanierung zu einer der ersten Adressen für Städtebautouristen gedieh – wundert sich auch der Abteilungsleiter Sanierungen im Stadtplanungsamt, Veit Brauch, „wieso die andern das nicht in ähnlicher Form haben“.

Man ist ganz schön zufrieden mit dem Anwaltsplaner Holland in der Sanierungsabteilung. Zumindest für die weitgehend abgeschlossene Sanierung Linden-Süd zieht Jan Sievers die Bilanz: „Sternhimmelweit“ sei damals die Verwaltung mit ihren Vorstellungen, etwa einer weitgehenden Neubebauung und einer quer durch Linden geschlagenen Straßentangente, von den Wünschen der Bürger entfernt gewesen; „ohne Holland sähe Linden heute sicher anders aus“.

Der hingegen zieht sich bescheiden hinter die Qualmwolken seiner Tabakspfeife zurück, verweist auf die außerordentliche beständige Mitarbeit der Lindener, die „Bürgerinitiative“ in Linden-Süd und das „Stadtteilforum“ in Linden-Nord, ohne die seine Anwaltsplanung gar nicht hätte fassen



Eine „historische Insel“ ist die Viktoriastraße heute. Eigentlich sollten die Altbauten verschwinden.

können. Weitere glückliche Umstände seien seinem Gegenkonzept (das weitgehend die Struktur des Stadtteils unverändert ließ) zugute gekommen; etwa der nachlassende Expansionsdruck mit Beginn der Ölkrise und die „politische Erreichbarkeit“ des Eigentümers der meisten Grundstücke – die Stadt Hannover.

Als Erfolg seines wenn auch modifiziert übernommenen Konzeptes sieht er unter anderem, daß immerhin 85 Prozent der Bewohner wieder Wohnungen im Stadtteil gefunden haben und daß einkommensschwache Schichten und Ausländer infolge der Sanierung nicht – wie so oft – verdrängt worden sind. Seitens der Verwaltung schließlich rechnet man Holland auch das hoch an. Veit Brauch: „Was er leistet, ist viel mehr, als wir bezahlen können.“